

Der GOTT des umfassenden Friedens
erfülle euer Leben mit SEINER Kraft,
dass ihr entbehren könnt, ohne hart zu werden,
dass ihr leiden könnt, ohne zu zerbrechen,
dass ihr Niederlagen hinnehmen könnt, ohne euch aufzugeben,
dass ihr schuldig werden könnt, ohne euch zu verachten,
und dass ihr mit Unbeantwortbarem leben könnt,
ohne die Hoffnung preiszugeben.

Segen für ACAT-Leute

Der GOTT der grenzenlosen Li
stärke euch,
dass ihr innerlich reich werdet a
dass ihr hellhörig werdet für die
und dass ihr verbunden seid m
und mit SEINER ganzer Schöp
Amen

Sabine Naegeli

Freilassungen und Weiterentwicklung zu Dringlichkeitsaktionen und Gebetsblättern / Juli & August 2013

KOLUMBIEN: DA 06/13: Im März 2013 haben wir uns in einer Briefaktion für Pater **Alberto Franco** in Kolumbien eingesetzt. Die Botschaft Kolumbiens hat uns zu dem geschilderten Fall geantwortet: Es seien jetzt zusätzliche Schutzmaßnahmen für P. Alberto Franco ergriffen worden. Man habe in seinem Beisein über seinen Schutz beraten. Von daher waren die Briefe, die wir im März 2013 geschrieben haben, erfolgreich.

BAHRAIN: mehrere Interventionen des Vorstandes bis 2012; GB Aug und Okt. 2011 'Abdulhadi Al-Khawaja und 12 weitere bekannte Oppositionelle wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Gegen seine Tochter Zainab Al-Khawaja ist, wie nun bekannt wurde, am 22. Mai erneut eine dreimonatige Haftstrafe verhängt worden. Zuletzt haben wir über sie in ACAT-Aktuell Mai 2013 berichtet.

RUSSISCHE FÖDERATION: GB 03. 2013: Die Morddrohungen gegen den Rechtsanwalt **Magamed Abubakarov** aus dem russischen Nordkaukasus werden untersucht. Der Strafverteidiger möchte sich aus tiefstem Herzen bei allen für die Unterstützung bedanken. (Quelle: ai)

INDONESIEN: Intervention des Vorstandes am 15.03.2003: **Suryadi Swabuana** und **Jurit bin Abdullah** sind am 16. Mai 2013 spät nachts von einem Erschießungskommando hingerichtet worden. (Quelle: ai)

MEXIKO: DA 08 April 13: In einer E-Mail an ACAT-Schweiz hat der Schweizer Botschafter in Mexiko, Herr Knoblauch, in Erinnerung gerufen, dass der mexikanische Generalstaatsanwalt,

Herr Murillo Karam, selber den „**Arraigo**“ (provisorische Haft zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens) kritisiert habe. Er geht davon aus, dass die Abschaffung des „Arraigo“ etappenweise vor sich gehen wird. So sei dessen Dauer schon von 80 auf maximal 35 Tage reduziert worden. Der Senat werde sich nach der Sommerpause zu diesem Thema äußern. Die drei Gliedstaaten Oaxaca, Chiapas und der Bundesdistrikt hätten im Übrigen den „Arraigo“ definitiv abgeschafft – Staaten jedoch, in denen der Drogenkrieg bis anhin kaum zu spüren war. Der Botschafter wertet diese Entwicklungen aber positiv. Ihm zufolge wäre eine unverzügliche Abschaffung des „Arraigo“ unrealistisch. (Quelle: ACAT-Schweiz)

ACAT-intern



Friedensgebet in Leipzig am 8. Juli 2013 17 Uhr in der Nicolaikirche



Ein Gott des Rechts und der Gerechtigkeit - Menschenrechtsarbeit zwischen Mystik und Politik 6. - 7. September 2013 in Münster/W. im Franz-Hitze-Haus
Wie können Glaube und Leben, gesellschaftliches und politisches Handeln als Dienst am Reich Gottes zusammenfinden? Wie kann in unserer Welt Spiritualität konkret und in der aktuellen Globalität gelebt werden? Anmeldemöglichkeit unter www.franz-hitze-haus.de Informationen auch über unsere Geschäftsstelle. Wir laden Sie herzlich zu beiden Veranstaltungen ein.



Versandtermine der ACAT-Monatssendungen im zweiten Halbjahr 2013

4. September – 2. Oktober – 30. Oktober – 28. November – 8. Januar 2014



Nationale Antifolterstelle s. ACAT-Aktuell Dezember 2012 und Januar 2013
(www.antifolterstelle.de)

Im vergangenen Dezember habe ich im Auftrag des Vorstands an die Justizminister u.a. geschrieben: „Gemäß dem Zusatzprotokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame und unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OP-CAT Dezember 2002), zu dem Deutschland Vertragsstaat ist, hat die Bundesrepublik mit Zustimmungsgesetz vom 26. 08. 2008 einen unabhängigen nationalen

Präventionsmechanismus zur Prävention von Folter und Misshandlung geschaffen, die „Nationale Stelle zur Verhütung der Folter“. Diese Stelle hat die Aufgabe, regelmäßig „Orte der Freiheitsentzuges“ aufzusuchen, auf Missstände aufmerksam zu machen und den Behörden Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Orte der Freiheitsentziehung, in denen die Öffentlichkeit kein Aufsichtsrecht hat, sind oft Orte, an denen Misshandlungen ungestraft stattfinden können. Sie sind sensible Bereiche für die Existenz von Misshandlungen, gegen die vor allem mit einem präventiven Ansatz gekämpft werden muss.

...Damit die Nationale Stelle Ihre Funktion zur Verhütung von Folter und unmenschlicher Behandlung effektiv ausfüllen kann, muss sie mit angemessenen personellen, finanziellen, technischen und logistischen Mitteln ausgestattet werden.“

Im Juni 2013 wurde nun beschlossen:

„1. Die Justizministerinnen und Justizminister sprechen sich dafür aus, die Länderkommission zur Verhütung von Folter mit zusätzlichem Sachverstand aus den Bereichen des Freiheitsentzugs auszustatten, die nicht in der Verantwortung der Justiz stehen. Sie streben an, zu diesem Zweck die Anzahl der ehrenamtlichen Mitglieder auf insgesamt acht zu erhöhen.
2. Zur Finanzierung der Aufstockung bitten die Justizministerinnen und Justizminister das Vorsitzland in Kontakt mit der Innenministerkonferenz und der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister zu treten und eine finanzielle Beteiligung dieser Ressorts zu verhandeln.“

Wir werden die Entwicklung weiter sorgfältig beobachten.

Wolfgang Bentrup

Internationaler Tag zur Unterstützung der Opfer von Folter – 26. Juni:



Mitglieder und Gemeinden unterstützten mit ihrem Gebet und Aktion die nächtliche Gebetswache.

Erzbischof Schick von Bamberg und Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz veröffentlichte folgende Pressemitteilung:

„Kein Zweck kann die Mittel der Folter heiligen.“ „Folterverbot muss für alle Menschen gelten“

Das Verbot des Folterns muss weltweit durchgesetzt und international kontrolliert werden. „Für Christen und alle Verfechter der Rechtsstaatlichkeit ist es undenkbar, anderen Menschen vorsätzlich körperliche oder seelische Schmerzen zuzufügen, um Aussagen zu erpressen oder um zu bestrafen. Kein Zweck kann die Mittel der Folter heiligen“.

„Folter verletzt den Grundsatz der Unantastbarkeit der Würde des Menschen sowie das Gebot der Nächstenliebe. Es ist ein barbarisches Verbrechen, das den Gefolterten zum Objekt degradiert“. Das Menschenrecht der Unantastbarkeit des Lebens und des Leibes gelte für jeden Menschen, auch wenn er Böses getan und moralisch versagt habe. „Der Mensch als Geschöpf Gottes darf nicht durch Methoden wie Schlafentzug, Elektroschocks, simuliertes Ertränken oder welche Schrecklichkeiten auch immer in einen Zustand gebracht werden, in dem er nicht mehr Herr über sich selbst ist und in dem er möglicherweise vor Angst und in Schmerzen bereit ist, zuzugeben, was er gegebenenfalls nicht einmal getan hat.“ Christen dürfen sich niemals damit abfinden, dass in derzeit mehr als 100 Ländern der Welt Folter oder andere Misshandlungen geschehen.

Schick, der auch Vorsitzender der Kommission Weltkirche der Bischofskonferenz ist, warnte

zudem davor, durch die juristische Neudefinition von Folter Verhörmethoden zuzulassen, die Erniedrigung und Schmerz zur Folge hätten.

Gefängnisse, die von vornherein jeder juristischen internationalen Kontrolle entzogen seien, dürfe es nicht geben. **Deshalb sei auch Guantanamo zu schließen**, das aber bei weitem nicht das einzige Gefängnis sei, das der rechtsstaatlichen Kontrolle entzogen sei.

(Mehrere Quellen, darunter auch <http://www.kath.net/news/41808>)

5. Weltkongress gegen Todesstrafe in Madrid vom 12. bis 15. Juni 13:



Beim Weltkongress gegen die Todesstrafe haben rund 1.500 Menschenrechtler, darunter auch Vertreter der ACAT, Politiker und Diplomaten aus 90 Ländern ein Ende der Hinrichtungen von verurteilten Straftätern gefordert. Die alle drei Jahre stattfindenden Weltkongresse werden von der französischen Initiative "Ensemble contre la peine de mort" (ECPM - Gemeinsam gegen die Todesstrafe) veranstaltet.

Während bei früheren Konferenzen zumeist die Todesstrafen in China und den USA im Mittelpunkt gestanden hatten, konzentrierten sich die Teilnehmer des Madrider Kongress auf die Situation im Nahen Osten und vor allem in Nordafrika. Dort besteht Hoffnung auf Veränderung. "In Nordafrika gibt es eine lebhaftige Debatte, es bilden sich immer mehr Gruppen, die die Abschaffung der Todesstrafe fordern. Die Minister dieser Länder kommen zu den Konferenzen und es gibt einen Meinungs austausch", sagte die stellvertretende ECPM-Direktorin Ariane Gresillon der spanischen Nachrichtenagentur efe. Weniger optimistisch betrachtet sie allerdings die Situation in den Haupt-"Sorgenländern" China, Iran und USA, da keine der drei Regierungen Vertreter nach Madrid entsandte.

Nach Angaben der ECPM haben weltweit 97 Staaten die Todesstrafe abgeschafft, 58 Länder halten daran fest. 35 Staaten wahren bei der Vollstreckung von Todesurteilen ein Moratorium für wenigstens zehn Jahre. Im vorigen Jahr wurden in 21 Ländern 682 Strafgefangene hingerichtet. Die in China vollstreckten Todesurteile sind laut ECPM in der Ziffer nicht mitberechnet, da keine genauen Angaben vorlagen. (Quelle:APA 15.6.2013)

Makabres Jubiläum: Im US-Bundesstaat [Texas](#) ist der 500. Häftling seit der Wiedereinführung der Todesstrafe in den USA 1976 hingerichtet worden. Die 52-jährige Kimberly McCarthy wurde am 27.6.2013 nach Angaben der Strafvollzugsbehörden im Gefängnis von Huntsville per Giftspritze getötet. (Quelle: dpa)